

# **Marc Bernhard MdB**

Wahlkreis: Karlsruhe-Stadt (271)

Sprecher Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg

Mitglied im Ausschuss für

- Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
- Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für

- Wirtschaft und Energie
- · Verkehr und digitale Infrastruktur
- Arbeit und Soziales

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe

#### **Anschrift**

Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: +49 (0)30 227 72 135 Fax: +49 (0)30 227 70 135 Marc.Bernhard@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Karlsruhe-Stadt

Marc Bernhard MdB Postfach 31 13 60 76143 Karlsruhe Tel. +49 (0)721 851 449 48 Marc.Bernhard.wk@bundestag.de

#### Webseite

www.marcbernhard.de

#### Soziale Medien

- www.facebook.com/MarcBernhardAfD
- www.youtube.com/c/MarcBernhardAfD
- Twitter.com/MarcBernhardAfD
- www.instagram.com/marc\_bernhard
- t.me/s/MarcBernhard

Wenn ihr Smartphone die Funktion eines QR-Codes unterstützt, starten sie ihre Kamera-App und halten sie vor den QR-Code.

Dann können sie den Link öffnen.





Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

wir stehen vor der größten Wirtschaftskrise seit 1929. Nach 15 Jahren des Durchmerkelns offenbart sich unserem Land eine Bilanz des Scheiterns.

Ob nun Flüchtlingskrise, Wirtschaftskrise oder Klimahysterie: die Blockparteien lassen kaum ein Thema aus, um den Ausverkauf deutscher Interessen voranzutreiben.

Der massive Arbeitsplatzabbau durch die Klimafanatiker, die ungebremste Einwanderung in unsere Sozialsysteme und die Vernichtung unserer Ersparnisse durch die Negativzinsen haben unser Land schon längst an den Rand des Ruins getrieben.

Die Deutschen verfügen europaweit über die geringsten Nettovermögen.

Die völlig destruktive Energiewende frisst die durchschnittlichen Ersparnisse der Gering- und Normalverdiener weitgehend auf.

Um vom eigenen Versagen abzulenken, wird die Schuldenunion der EU von unserer spendablen Kanzlerin ungeniert vorangetrieben. Die verschenkten Beträge und die zugesagten Kredite summieren sich beinahe wöchentlich auf neue astronomische Summen. 390 Milliarden werden im aktuellen "recovery fund" an die Schuldenstaaten verschenkt! Die weiteren 360 Milliarden Hilfskredite haben eine Laufzeit von 38 Jahren, das gesamte Paket umfasst 1.800.000.000.000 Euro. Und das ist erst der Anfang der Schuldenunion!

Wir sind die einzige Kraft in diesem Land, die dafür Sorge tragen kann, dass endlich wieder Politik für uns Bürger und für unser Land gemacht und dem linksgrünen Spuk endlich ein Ende bereiten wird! Diese Botschaft haben wir auch im Rahmen unserer Sommer-Kampagne durchs Land getragen.

Wohlstand sichern, Arbeitsplätze retten, Sicherheit wahren und unsere Zukunft im eigenen Interesse und im Interesse unserer Kinder positiv gestalten, das ist unser Antriebl

( mg)

Ihr Marc Bernhard,
Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg
der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag





## Klimapolitik

## Die tödliche Vorerkrankung unserer Autoindustrie

Mein Gastbeitrag in der Zeitung "Junge Freiheit" ist ein pathologischer Befund über die Krise unserer Autoindustrie und ein Fingerzeig in Richtung Wohlstandssicherung:

"Umverteilungsorgien mit Green-Deal-Milliarden werden keinen Wohlstand schaffen. Unser Land braucht Wertschöpfung, die Mensch, Umwelt und Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringt, sowie Innovationen, die heimische Arbeitsplätze schaffen, Ressourcen schonen und uns strategisch unabhängiger machen. C.A.R.E.-Diesel kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten."





JUNGEFREIHEIT.DE

Klimapolitik ist die tödliche Vorerkrankung unserer Autoindustrie

Den vollständigen Artikel finden Sie hier: https://jungefreiheit.de/

debatte/kommentar/2020/klimapolitik-ist-dietoedliche-vorerkrankung-unserer-autoindustrie/







# Pressekonferenz zum Antrag "Diesel-Fahrverbote sofort aufheben"

Aufgrund des Corona-Shutdowns kam es zu einem drastischen Verkehrsrückgang in Deutschland, teilweise bis zu 70%. Doch während der Kontaktsperre stagnierten auf Deutschlands autofreien Straßen die Messwerte für Stickoxide und explodierten die Feinstaub-Werte geradezu.

Die Ursachen für die Luftverschmutzung in unseren Städten müssen also offensichtlich woanders liegen. Ich habe daher einen Antrag (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/200/1920069.pdf) initiiert, in dem ich die Bundesregierung auffordere, unverzüglich (unabhängige!) wissenschaftliche Studien in Auftrag zu geben. Und die Regierung soll auf Länder u. Gemeinden hinwirken, Fahrverbotszonen für Diesel-Fahrzeuge sofort und vollständig aufzuheben. Fakten statt Ideologie und Arbeitsplätze retten, statt Zukunftsperspektiven vernichten, das ist das Gebot der Stunde!



Hier sehen Sie die Pressekonferenz zu meinem Antrag:

https://youtu.be/91-EzlYQ87o







# Marc Bernhard vs. Svenja Schulze Auto unschuldig -Luftqualität trotz Shutdown unverändert!

Grüne Kobolde waren vorgestern:

Die Bundesumweltministerin Svenja Schulze erklärte unlängst, was Sahara-Sand mit Stickstoffdioxid und unseren Autos zu tun hat. Dabei hat der Shutdown die linksgrünen Lebenslügen überdeutlich entlarvt: Das Auto ist unschuldig!

Obwohl der Verkehr um bis zu 70% eingebrochen ist, haben sich die NOx-Werte an über 99 Messstationen in Deutschland nicht wesentlich verändert. Im Gegenteil: In Städten wie Bonn, Reutlingen oder Pforzheim hat sich die Luftqualität auf den Straßen deutlich verschlechtert, während die Autos in den Garagen standen.

Höchste Zeit, den Irrweg der linksgrünen Auto- und Arbeitsplatzfeinde zu beenden!



Hier sehen Sie meine Befragung der Ministerin:

https://youtu.be/rU5zSEJ3nLA







# Wissenschaft statt Ideologie

### Diesel-Fahrverbote sofort aufheben

Jahrelang wurde vom Umweltministerium, dem Umweltbundesamt und ÖkoLobbyverbänden gebetsmühlenartig behauptet, der Automobilverkehr sei quasi
allein hauptverantwortlich für die Stickstoffdioxid-Grenzwert-überschreitung in
deutschen Städten. Doch der Shutdown hat diese Behauptung als das entlarvt,
was sie ist – kompletter Unsinn, denn die Dieselfahrverbote sind ganz
offensichtlich ohne jegliche fundierte wissen-schaftliche Datengrundlage erlassen
worden. Obwohl der Autoverkehr durch den Corona-Shutdown in Deutschland
um bis zu 75% abgenommen hat, ergibt die Auswertung der Daten der
Europäischen Umweltagentur eindeutig, dass sich der Stickstoffdioxidwert in
diesem Zeitraum praktisch nicht verändert hat. Ganz im Gegenteil: Die
Messwerte für Stickstoffdioxid sind teilweise sogar gestiegen. Der Autoverkehr
kann also nicht die maßgebliche Ursache für hohe NOx-Werte sein. In unserem
Antrag fordern wir daher, alle bereits erlassenen Fahrverbote sofort
aufzuheben und die Datenlage nach dem Shutdown neu zu bewerten!



Wie sich die Altparteien selbst entlarven:

https://youtu.be/FYE0GIGO3fU







# 15 Jahre Merkel

### Marc Bernhard im Gespräch mit Junge Alternative TV



Es ist historisch wahrscheinlich einmalig: Merkel regiert im eigenen Land wie eine Königin, verteilt aber fleißig hunderte Milliarden Euro an die Bürger anderer Länder.

Die letzten 15 Jahre hat sie nichts getan um unser Leben zu verbessern und unser Land zu stärken, im Gegenteil: Jeder zweite Job in der Automobilindustrie steht auf der Kippe, der Strompreis hat sich unter Merkel um 60% verteuert und die Altersarmut um über 80% zugenommen. Wir arbeiten im europäischen Vergleich am meisten und haben das niedrigste Renten-Niveau.



YOUTUBE.COM

Merkel bettelt darum, Geld zu verschenken | KUPPELTALK

#### Link zum Video:

https://youtu.be/Qte1H\_QfNY0







# Eine Bilanz des Grauens

"Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben", so der vollmundige Wahlkampfslogan der CDU.

"Uns geht es so gut wie nie" heißt es regelmäßig aus den Reihen der Regierung, besonders dann, wenn es gilt deutsche Gelder ins Ausland zu verschenken und die Welt zu retten.

Ein Blick auf die Fakten und Merkels Bilanz der letzten 15 Jahre zeigt deutlich:

	Start 2006	Merkel 1 2009	Merkel 2 2013	Merkel 3 2016	Merkel 4 2019	% zu 2006
Armut (Pers. in Mio.)	11,52	11,94	12,52	13,00	15,30	39,1 %
Strompreis (Cent)	19,46	23,21	28,84	29,16	30,50	56,7 %
Rentenniveau	52,2 %	52,0 %	48,9 %	48,0 %	48,0 %	-8,1 %
Kinderarmut	18,5 %	18,7 %	19,2 %	20,2 %	21,0 %	13,5 %
Nichtdeutsche Tatverdächtige	427.911	419.518	453.015	616.230	577.241	34,9 %
Altersarmut (Pers. in Mio.)	1,70	2,01	2,41	2,84	3,10	82,4 %
Staatsschulden in Mrd. Euro	1.545	1.694	2.080	2.006	2.053	33,3 %

Das Leben der Bürger wurde extrem verteuert, immer mehr Menschen in die Armut getrieben und die Zukunftsperspektiven kommender Generationen ausverkauft.





## Neue Perspektiven für unser Land!

## Sommer-Kampagne unseres Landesverbandes





# AUFSCHWUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Neue Perspektiven für unser Land

Baden-Württemberg



# Totalschaden für Deutschland! Instabiler und teurer Strom

Allein durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden die Verbraucher jährlich mit 27 Milliarden Euro belastet. Eine vierköpfige Familie wird für die Energiewende bis zum Jahr 2025 über 25.000 Euro bezahlt haben. Und die Einführung der CO<sub>2</sub> Steuer kostet diese vierköpfige Familie ab nächstem Jahr dann nochmal zusätzlich 1.000 Euro und wird bis 2026 auf über 2.600 Euro pro Jahr steigen. Wir haben die höchste Steuerbelastung aller Zeiten, wir befinden uns mitten in der Shutdown-Krise, und anstatt endlich die Reißleine zu ziehen und die Bürger zu entlasten, will die Regierung ein Gesetz erlassen, das unmittelbar zu einer weiteren Verteuerung des Wohnens führt. Der vorgelegte Gesetzentwurf vernichtet die Energiesicherheit, gefährdet die Gesundheit, zockt die Bürger weiter ab und ist damit ein weiterer Sargnagel für den sozialen Frieden in Deutschland. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Vorschriften der Energieeinsparverordnung mindestens bis zur Lösung der Wohnraumkrise außer Kraft zu setzen, die Arbeiten am Gebäudeenergiegesetz bis auf weiteres einzustellen und auf die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs zu verzichten.



Link zum Video: https://youtu.be/0iXFgzwE-ZU







# CO2-Bepreisung = Steuer auf das Leben Regierung treibt Bürger in die Armut!

Die CO2-Bepreisung wirkt wie eine Steuer auf das Leben, sie verteuert unser Leben in allen Bereichen. Weil sich viele Menschen dadurch ihre Wohnung nicht mehr leisten können, schlägt die Bundesregierung eine Erhöhung des Wohngeldvolumens um 10% vor.

Deutschland droht aber eine noch nie da gewesen Insolvenzwelle. Der IWF geht von der schlimmsten ökonomischen Krise seit der großen Depression der späten Zwanziger-Jahre aus. Nach Schätzungen von McKinsey sind in Europa 59 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr. Spätestens jetzt muss die Regierung endlich ihre nutzlose und wirtschaftsfeindliche Klimahysterie beenden und die Einführung der CO2-Steuer stoppen!

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise muss es jetzt endlich eine grundsätzliche Kehrtwende geben! Die Menschen in Deutschland können sich diese grün-ideologischen, wirtschaftsfeindlichen Experimente nicht länger leisten.



Link zum Video: https://youtu.be/NTsolcBfuq8







### Nie wieder 2015!

## Flüchtlingswelle im Schatten von Corona

Nie wieder Staatsversagen! Nie wieder Kontrollverlust an unseren Grenzen! Weitere 6 Millionen Migranten sind auf der Suche nach Wohnungen, Schulen und KiTa-Plätzen. Angetrieben von der Schlepperkapitänin Carola Rackete laden die Blockparteien und ideologisch verblendete Bürgermeister permanent die ganze Welt nach Deutschland ein und deklarieren sich zu "Städten sicherer Häfen."

Die Blockparteien zündeln am sozialen Frieden in unserem Land!

Sie stacheln die Verteilungskämpfe und den Verdrängungswettbewerb in unseren Ballungsgebieten doch erst richtig an.

AfD stärkt unsere Städte und Kommunen und bietet Schutzmechanismen vor der verantwortungslosen linksgrünen Hypermoral!



#### Link zum Video:

https://youtu.be/5OLVJ6pwgYM







## Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode

### Diesel-Fahrverbote sofort aufheben

#### Neuprüfung von Ursachen der Stickoxidbelastung in Innenstädten

Aufgrund der aktuellen Datenerhebungen und Stichproben erscheinen die Fahrverbote für Dieselfahrzeuge als beispiellose Fehleinschätzung von deutschen Behörden und Gerichten. Die somit umweltpolitisch wirkungslosen und ökonomisch höchst schädlichen Diesel-Fahrverbote müssen aus diesem Grund sofort und vollständig rückgängig gemacht werden, auch wenn der finanzielle Schaden bei Millionen Dieselbesitzern sowie der deutschen Automobilindustrie teilweise bereits eingetreten ist. Die AfD-Fraktion hat dazu einen Antrag (Drucksache 19/20069) in den Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung u.a. zur Aufhebung von Fahrverbotszonen für Diesel-Fahrzeuge aufgefordert wird und zur Beauftragung wiss. Studien, die die Korrelation von Verkehrsaufkommen und Schadstoffbelastungen der Luft untersuchen und Ursachen für die anhaltende Stickoxidbelastung in deutschen Innenstädten identifizieren sollen.

#### Link zum Antrag:

https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/200/1920069.pdf

## Zulassung von paraffinischen Kraftstoffen

#### C.A.R.E.-Diesel in Reinform - Technologieoffenheit gewährleisten

Aus Sicht der Fragesteller blockiert die Bundesregierung beziehungsweise das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine technologieoffene Mobilitätswende einseitig zugunsten eines planmäßigen Umstiegs auf Elektrofahrzeuge, indem der Marktzugang von C.A.R.E.-Diesel und E-Fuels und weiteren synthetischen Kraftstoffen verhindert wird.

#### Link zu unserer Anfrage an die Bundesregierung:

https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/186/1918611.pdf

Die aktuelle Krisensituation mit den zu befürchtenden ökonomischen Verwerfungen wäre eine Chance für die Regierung, endlich ihre wirtschafts- und arbeitsplatzfeindliche Klimapolitik zu stoppen. Die AfD-Bundestagsfraktion wird daher einen Antrag zur unverzüglichen Zulassung alternativer und umweltfreundlicher Dieselkraftstoffe in den Bundestag einbringen.



## Mieter und Eigentümer entlasten!

#### Baurecht deregulieren - Initiative des Bundes zur Reduzierung von Bauvorschriften und Baukosten

Die Kosten des Wohnens haben sich in Deutschland in den vergangenen Jahren erheblich verteuert. Neben den Mietpreisen sind auch die eigentlichen Baukosten erheblich gestiegen. Eine wesentliche Ursache für diesen Kostenanstieg ist die immer weiter ausufernde Anzahl von Vorschriften des Bau- und des Baunebenrechts. Die dadurch entstehenden Kosten belasten die Mieter durch hohe Mietpreise. Die hohen Baukosten erschweren den Menschen darüber hinaus den Erwerb von Wohneigentum, unabhängig davon, ob ein Eigenheim errichtet oder eine neu errichtete Eigentumswohnung erworben werden soll. Die AfD-Fraktion im Bundestag beantragte (Drucksage 19/17524) deshalb u.a., dass die bestehenden, ca. 20.000 Vorschriften des Baurechts und des Baunebenrechts, gemeinsam mit den Ländern auf Erforderlichkeit geprüft, einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden, und Vorschläge zur Abschaffung derjenigen Vorschriften unterbreitet werden, die nicht erforderlich sind.

Link zum Antrag:

https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/175/1917524.pdf

### Grenzen sichern!

#### Illegale Einreisen stoppen

Das Regierungsversagen bei der Corona-Pandemie hält uns alle in Atem, aber wir müssen immer unsere Anliegen im Auge behalten. Diese Krise ist vielleicht auch für einige eine willkommene Ablenkung von dem Problem an der griechisch-türkischen Grenze. Denn trotz der rasanten Verbreitung des Coronavirus werden Asylbewerber an den EU-Außengrenzen nicht zurückgewiesen und Innenminister Horst Seehofer hält an seiner Zusage fest, insgesamt 1.600 sogenannte Flüchtlinge aus griechischen Lagern zu uns zu bringen. Dass es nicht dabei bleiben wird, ist klar. Die AfD-Fraktion hat dazu im März einen Antrag in den Bundestag eingebracht mit dem Titel "Grenzen sichern" (Drucksache 19/17780). Wir fordern darin u.a. die Regierung auf, keinerlei Versuche illegaler Einreisen über die Bundesgrenze mehr zuzulassen, um illegale Migranten von der Fortsetzung ihrer Reise nach Deutschland abzuschrecken.

#### Link zum Antrag:

https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/177/1917780.pdf





# Innere Sicherheit Demo in Stuttgart: "Zurück zum Rechtsstaat!"

Plünderung von Geschäften, die Zusammenrottung gewaltbereiter überwiegend migrantischer Mobs und die enthemmten Angriffe gegen Polizisten, die sich im Juni in Stuttgart ereignet haben, sind das Ergebnis eines besorgniserregenden Politikversagens. Auf der Demonstration des Landesverbands Baden-Württemberg haben wir ein ganz klares Signal an die Migrantifa und deren Unterstützer bei den Altparteien gesendet: "Die Party ist jetzt vorbei!" Das Gewaltmonopol des Staates ist nicht verhandelbar, denn wir Bürger haben ein Recht darauf in Sicherheit zu leben. Gewaltexzesse und schwere Ausschreitungen werden von uns nicht länger hingenommen!



Hier ein Zusammenschnitt der Reden:

https://youtu.be/4Bnhg8mNPr0







# Unterwegs in Bad Saulgau: Impulse aus der Bundestagsfraktion

Endlich wieder unterwegs bei unseren Mitbürgern in den Städten und Gemeinden, um gemeinsam für den nötigen Kurswechsel in der Politik zu werben und zu kämpfen: Am 9. Juli war die erste öffentliche Großveranstaltung der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag seit Lockerung der Shutdown-Maßnahmen.

Zusammen mit meinen Bundestagskollegen Martin Hess und Volker Münz war ich zu Gast in Bad Saulgau, wo wir mit vielen interessierten Zuhörern und Fragestellern über Themen wie Arbeitsplätze, innere Sicherheit und wirtschaftlichen Perspektiven unseres Landes diskutierten. Wir werden nicht locker lassen und unermüdlich die Wahrheiten aussprechen, damit endlich wieder Politik für unser Land und unsere Bürger gemacht wird!



#### Link zum Video

https://youtu.be/ui7JhbAVzjc







### Wendezeit #12

## Im Dialog mit Mary Khan, Prof. Dr. Harald Weyel MdB, Ferdinand Vogel und Marc Bernhard MdB

Die verlogene Rassismus-Debatte ist in Wahrheit ein weiterer Schlag gegen den Rechtsstaat und gegen unsere konservativ-bürgerlichen Werte. Wenn man die Grenzen unkontrolliert öffnet und illegale Zuwanderung aus prekären Herkunftsländern zulässt, dann muss man sich nicht wundern, wenn sich die Sicherheitslage im eigenen Land erheblich verschlechtert. Das linke rhetorische Dauerfeuer gegen Polizei und Sicherheitskräfte ist eine Verachtung unseres Rechtsstaats und der infame Versuch, aus Tätern Opfer zu machen und umkehrt. Nicht der Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem, wie Frau Schwesig es versuchte zu propagieren, sondern der angebliche Rassismus ist eine Nebelkerze, um von genau jenen Problemen mit der "Eventszene" abzulenken, vor denen wir seit Jahren eindringlich warnen!



#### Link zum AfD-Wendezeit-Video:

https://youtu.be/Gc341TWtBhk







# Bürgerdialog Live Marc Bernhard & Dr. Alice Weidel im Gespräch

Wie retten wir unsere Arbeitsplätze, sichern den Wohlstand und die Perspektiven unserer Kinder? Was braucht unser Land, damit es wieder aufwärts geht? Gemeinsam mit unserer Fraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel diskutierte ich mit vielen interessierten Zuhörern im Juli live über die entscheidenden Zukunftsfragen unseres Landes. Bürgerdialog der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestaa: https://youtu.be/qEL6HqtzcFU

Weidel & Bernhard im Gespräch



Alle Reden, Debatten und Vorträge finden Sie auf: www.youtube.com/c/MarcBernhardAfD